

BUENOS AIRES-BRIEFING

Juli 2020

Olaf Jacob und Carmen Leimann-López

Umstrittene Justizreform eingeleitet

Am 29. Juli 2020 gab Präsident Alberto Fernández die Details der bereits im Dezember 2019 angekündigten Justizreform bekannt. Diese sieht unter anderem eine Erweiterung und Umstrukturierung des föderalen Gerichtsstandes vor, der für Korruptionsfälle, Geldwäsche, Menschen- und Drogenhandel sowie organisiertes Verbrechen zuständig ist. Des Weiteren sollen eventuell die Zahl der Verfassungsrichter erhöht und Fristen für die Urteilsprechungen eingeführt werden. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll in der ersten Augustwoche im Senat, in dem die Regierungsbündnis *Frente de Todos* die Mehrheit präsentiert, zur parlamentarischen Debatte eingereicht werden. Zudem gründete Präsident Fernández per Dekret eine Beraterkommission, die die Details der Reform debattieren und unverbindliche Empfehlungen aussprechen soll. Unter deren Mitgliedern befindet sich auch der Anwalt der Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner (CFK), Carlos Beraldi. Vertreter der Opposition *Juntos por el Cambio* warnten daher davor, dass die Reform zugunsten ihrer Freisprechung in den laufenden Ermittlungen und Korruptionsverfahren ausgelegt sein könnte und riefen zu landesweiten Protesten auf. Darüber hinaus nahm die Opposition nicht an der präsidentiellen Ansprache im Teil. Präsident Fernández hingegen hält daran fest, dass die von ihm vorgeschlagene Umstrukturierung zum Ziel habe, die Rechtssicherheit in Argentinien zu stärken, und der Gesetzesentwurf auch Vorschläge der Opposition berücksichtige. Nichtsdestotrotz lässt das aktuelle Vorhaben einige Fragen unbeantwortet, beispielsweise die der Finanzierung, räumlichen Unterbringung des Personals sowie der Häftlinge, die Fortsetzung der Anhörungen in den laufenden Verfahren und die Auswahlkriterien für Neuanstellungen. In den kommenden Jahren müssten unter anderem 117 neue Richter ernannt werden. Außerdem kritisierten renommierte Akademiker und Staatsanwälte das Vorhaben als verfassungswidrig, da es die Gewaltenteilung verletze und die ernannten Mitglieder der Beraterkommission nicht unabhängig seien. Des Weiteren stellten sich führende Oppositionsvertreter und Journalisten die Frage, ob die erforderliche Justizreform unbedingt inmitten einer ungelösten Schuldenkrise, sich vertiefenden Wirtschaftsrezession und sanitären Krise durchgeführt werden müsse, oder ob man die erforderlichen Mittel (umgerechnet etwa 60 Millionen Euro pro Jahr) nicht besser in die Reform des Gesundheitssystems oder in die Reaktivierung der Wirtschaft investieren könne.

Steigende Kriminalitätsraten beunruhigen Bevölkerung

Präsident Fernández verlängerte die verpflichtende soziale Isolierung angesichts der hohen Covid-19-Infektionen in den betroffenen Ballungsräumen erneut. Das Gesundheitsministerium registrierte im Juli täglich etwa fünf Tausend Neuinfektionen und mehr als hundert Todesfälle. Zudem ist inzwischen die Mehrheit der Betten in den Intensivstationen der Krankenhäuser belegt. Dies betrifft vor allem die dicht besiedelte Metropolregion Buenos Aires (AMBA), wo die Mehrheit der argentinischen Bevölkerung lebt. Die Ausgangsbeschränkungen sollen daher bis zum 16. August anhalten. Für Beunruhigung sorgt allerdings nicht nur die Zirkulation des Coronavirus, sondern auch die steigende Kriminalitätsrate in verschiedenen Teilen des Landes. Die Freilassung von mehr als 4.500 Häftlingen zu Beginn der Quarantäne, die vielfach angezeigten bewaffneten Überfälle auf Ferienwohnungen und Privathaushalte, Supermärkte und Passanten, Brandstiftung, Sachbeschädigung in der Landwirtschaft sowie der Anstieg der häuslichen Gewalt und der Mordraten stehen inzwischen an der Tagesordnung.

